pax_zeit

3_2017

pax christi
Internationale Katholische Friedensbewegung

Friedensarbeit in Lateinamerika

Gute Nachrichten für pax christi: Die Sparpläne des VDD werden nochmals überprüft und pax christi wird 2018 weiter gefördert. Dank auch an alle, die pax christi mit ihrer Unterschrift unterstützt haben.

Mehr dazu auf Seite 11.

Mehr fürs Militär? Nicht mit uns!

Die Bundesregierung will mehr Geld fürs Militär ausgeben. Bisher sind es 1,2 Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands. Laut Absprachen in der Nato soll dieser Anteil bis 2024 auf 2 Prozent gesteigert werden. Statt derzeit 37 Mrd. sollen also künftig 62 Mrd. Euro fürs Militär ausgegeben werden. Wenn Deutschland tatsächlich zwei Prozent ausgibt, ist es die stärkste Militärmacht in der EU. Diese Aufrüstung lehnen wir ab, weil sie dem Vorrang für Zivil zuwider läuft. Mit der Unterschriftenaktion »Mehr fürs Militär? Nicht mit uns!« setzen Sie sich mit pax christi und befreundeten Friedensorganisationen gegen eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts ein.

Wir fordern die Bundesregierung auf:
- Stoppen Sie das Zweiprozentziel der Nato!
- Stärken Sie Wege gemeinsamer Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit!
- Setzen Sie auf Abrüstung und Rüstungskontrolle!

Die Unterschriftenliste liegt dieser pax_zeit bei. Weitere Listen können bestellt werden unter sekretariat@paxchristi.de.

Impressum
pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeberin** pax christi Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de **Redaktion** Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber **Titelfoto** pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt **Gesamtherstellung** Ute Begemann, Solingen **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.
Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.
pax christi – Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de
Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 3_2017: 26.10.2017
Dieser Ausgabe liegen Unterschriftenlisten und Infoblätter der Aktion „Mehr fürs Militär? Nicht mit uns“ bei.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
im Schwerpunkt dieser pax_zeit bringt die Kommission „Solidarität Eine Welt“ die Perspektive der Menschen in Kolumbien, Mexiko und Ecuador zur Sprache. Seit Jahrzehnten begleiten sie dort Menschen und Projekte, die sich Armut und Ausgrenzung widersetzen. Sie erzählen von kleinen Leuten und von einem Bischof, wie sie sich für ein gutes Leben einsetzen. Dieser Wunsch füllte sich für mich beim Lesen ganz neu mit Leben und Kraft. Wir alle können uns davon inspirieren lassen, denn im Oktober zur pax christi-Delegiertenversammlung besuchen uns zwei Vertreter*innen der pax christi-Gruppe Medellin in Kolumbien, die im Interview auf den Seiten 6/7 ihre Arbeit vorstellen. Nora Lodona und Olga Lucia Alvarez werden uns von der Menschenrechtsarbeit dort berichten und davon, wie pax christi darin auftaucht.

Gute Nachrichten sind rar derzeit – doch dies ist eine: Atomwaffen waren schon immer grausam und unmoralisch, jetzt sind sie auch illegal – so haben es am 7. Juli zwei Drittel der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen völkerrechtlich bindend beschlossen. Andreas Zumach stellt auf den Seiten 12/13 die Hintergründe dar, zu denen auch gehört, dass Deutschland den Prozess der Aushandlung dieses Vertrages boykottiert hat – und das gemeinsam mit den Atomwaffenstaaten. Dass der Teufel im Detail steckt, zeigt auch der Beitrag von Fabian Sieber zum Thema Munition. Dieses Futter jedes Krieges ist vielfach klitzeklein aber tödlich. Es hält die Kriege am Laufen und die Lieferung kommt aus Deutschland. Für die pax christi-Kommission Rüstungsexport ist das Problem brandaktuell.

Wenn dieses Heft erscheint, findet gerade die Solidaritäts- und Begegnungsreise nach Kiew und Dnipro im Osten der Ukraine statt. Über eine Exkursion dahin berichtet die ehemalige pax christi-Freiwillige Elena Rother, die aktuell ein Praktikum im Büro in Berlin macht. Danken möchte ich allen, die auf das letzte Heft reagiert haben! Auf Seite 22 finden Sie Auszüge aus den Leser*innenbriefen.

Nachdenklichkeit und neue Erkenntnisse beim Lesen wünscht

Christine Hoffmann

Spenden unterstützen pax christi
pax christi-Spendenkonto: Pax Bank eG,
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10, BIC GENODED1PAX

Inhalt

Friedensarbeit in Lateinamerika

Seite 4
Dass der Friede uns nicht das Leben koste
Margaret Buslay

Seite 6
Ein Raum zur spirituellen Stärkung
Die pax christi-Gruppe in Medellin

Seite 8
La Soberanía del Continente es de los Indios
Christa Guerrero

Seite 10
Aufbau eines guten Lebens
Heinz Neuser

In eigener Sache

Seite 11
pax christi hat viele Freunde

Atomwaffen

Seite 12
Atomwaffen: endlich illegal
Andreas Zumach

Kleinwaffen

Seite 14
Kleinwaffen und Munition
Fabian Sieber

Ukraine

Seite 16
Nennt den Krieg beim Namen
Elena Rother

Gerechter Friede

Seite 18
Kirche des gerechten Friedens
Karen Hinrichs

Meldungen

Seite 20
Kurzmeldungen aus den Diözesanverbänden
Markus Weber

Seite 20
Praxis-Tipp
Manfred Jäger

Seite 22
Nachrichten aus den Kommissionen
Odilo Metzler

Seite 22
Leserbriefe

Glaube Perspektive

Seite 23
Beten für den Frieden
Horst-Peter Rauguth

Foto: pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt

„Transnationale raus aus Marmato“
fordert die vom Bergbau betroffene Gemeinde bei der Demonstration 2011 in Barrancabermeja. Beim „Nationale Treffen für den Frieden und das Land – Der Dialog ist der Weg“ fordern die sozialen Bewegungen eine Verhandlungslösung des bewaffneten Konfliktes. Abgelehnt wird das Entwicklungsmodell der Regierung, das auf Megaprojekten im Bereich Bergbau, Energie und Agroindustrie basiert, die Lebensgrundlage der Menschen zerstört und Frieden verhindert.

Dass der Friede uns nicht das Leben koste

Schwierige Zeiten für den Frieden in Kolumbien

Foto: pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt

Befreiungstheologisches Handeln heute

Die Kommission „Solidarität Eine Welt“ pflegt vielfältige Kontakte zu Partner*innen in Lateinamerika, die wir unterstützen in ihrem Engagement für Frieden, unter Achtung der Menschenrechte in einem Kontext, der der Mehrheit der Bevölkerung keineswegs ein Leben in Würde ermöglicht. Inspiriert von den vielfältigen Zeugnissen und Erfahrungen sehen wir es als unsere gemeinsame Grundlage an, die Perspektive der damals wie heute Ausgegrenzten einzunehmen und mit ihnen zu lernen, auch in schwierigen Situationen zu handeln, die Hoffnung nicht aufzugeben und gemeinsam das Leben zu feiern. Ein wichtiger gemeinsamer Rahmen ist für uns die Befreiungstheologie. Mehrere Projekte zeigen die Befruchtung von christlichem und indigenen Befreiungshandeln auf. Am Beispiel Mexiko zeigt sich, wie Bischof Samuel Ruiz in Chiapas und die zapatistische Bewegung beide ein „Gutes Leben“ in einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Verwertung von Mensch und Natur anstreben.
pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt.

Foto: pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt

In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden mehr als 30 Menschenrechts- und soziale Basisaktivist*innen ermordet.

Protest: Die Regierung des international gefeierten Friedensnobelpreisträgers Präsident Santos setzt das versprochene Friedensabkommen nur schleppend um.

Margaret Buslay

In Kolumbien wachsen die Zweifel an der richtigen und vollständigen Umsetzung des Friedensabkommens. Ende November 2016 war die Vereinbarung zwischen Regierung und FARC-Rebellen nur knapp durch den Kongress gekommen. Bislang geht die Realisierung nur schleppend voran.

Die Friedensgegner rund um den früheren Präsidenten Uribe bauen viele Hindernisse auf und wissen den Sieg des Nein beim Plebiszit politisch zu nutzen. Die Regierung des international gefeierten Friedensnobelpreisträgers Präsident Santos ist nicht zuverlässig bei der Umsetzung des Vereinbarten. So soll etwa im Ausführungsgesetz die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden so geändert werden, dass hohe Militärs, die in Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt sind, bei Tausenden von Fällen Gewaltsam Verschwundener straffrei bleiben – auch ohne zur Wahrheitsfindung beizutragen. Gegen den Frieden stehen unbeugsame mächtige Interessen, die sowohl die Wahrheit als auch eine wirkliche Demokratisierung des Landes fürchten.

Phase der Friedensverhandlungen

Positiv ist, dass die FARC bisher ihren Teil des Vereinbarten weitgehend erfüllt hat. Seit dem bilateralen Waffenstillstand gab es auf beiden Seiten keine Opfer mehr. Doch die mangelnde Infrastruktur in den 26 Übergangszonen und die nach einem Verfassungsurteil nun mögliche Abänderung des in Havanna Vereinbarten durch den Kongress bei der notwendigen Umsetzung in Gesetze, lassen das Vertrauen in den Staat nicht wachsen. Im Juni fand die Waffenabgabe statt und die Übergangszonen wurden bis zum 1. August verlängert.

Die im Februar begonnene öffentliche Phase der Friedensverhandlungen zwischen Regierung und der noch aktiven ELN-Guerilla (Ejército de Liberación Nacional) in Quito brachten bisher wenig konkrete Ergebnisse.

Systematische Bedrohung und Verfolgung

Allein in den ersten drei Monaten diesen Jahres wurden mehr als 30 Menschenrechts- und soziale Basisaktivist*innen ermordet. Die meisten Opfer stammen aus den ehemals von der FARC kontrollierten Gebieten, in denen es Interessen an Agroindustrie und Bergbau gibt und in denen nun paramilitärische Einheiten aktiv sind. Die Regierung leugnet weiterhin deren Existenz, obwohl 13 feste paramilitärische Strukturen in fast allen Regionen des Landes bekannt und aktiv sind.

Der Staat hat bislang kaum etwas getan um solche Verbrechen zu verhindern oder aufzuklären. Wo bleibt da die Verantwortung für Sicherheit und Menschenrechte? Rund 98 Prozent der Verbrechen bleiben straflos. Als Teil des Abkommens wurden die „Nationale Kommission der Sicherheitsgarantien“ gegründet und Spezialeinheiten zum Kampf gegen die kriminellen Strukturen eingesetzt, bis heute ohne Erfolg.

Ein neuer Kolonialismus zeigt sich deutlich dort, wo aufgrund von Megaprojekten im Bereich Bergbau, Wasserkraft und Agroindustrie Gewalt gegen betroffene Gemeinden ausgeübt wird: Stigmatisierung, Vertreibung, Ermordungen, nicht kalkulierbare Umweltschäden, Angriff auf das Wasser und das zukünftige Leben in den betroffenen Territorien. Das vorherrschende Modell begünstigt einseitig das transnationale Kapital und seine nationalen Verbündeten, aber kaum die lokale Bevölkerung.

Aufbau eines gerechteren Kolumbien

Etliche Beispiele friedlichen Widerstandes der Zivilgesellschaft geben Hoffnung, dass in kleinen Schritten und auf lange Sicht ein gerechteres Kolumbien aufgebaut wird, in dem ein würdiges Leben möglich ist und die Konflikte mit gewaltfreien Mitteln ausgetragen werden. Dafür engagiert sich auch die pax christi-Gruppe Medellín. Der „Ökumenische Tisch für Frieden“, zu dem sie gehört, erhielt wie viele andere das öffentliche Kommuniqué: „Die einzige Form mit all den Plagen und Ratten aufzuräumen ist sie auszulöschen … Folter und Tod wird ihnen zeigen, wer in diesem Land regiert.“

Die paramilitärischen „Autodefensas Gaitanistas“ erklärten im Mai alle Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschafter, Aktivisten für Landrückgabe, Mitglieder von linken Basis-, Friedens- und Parteiorganisationen zu „militärischen Objekten“.

„Dass uns der Frieden nicht das Leben koste“ ist das Motto einer Kampagne zum Schutz der Menschenrechtsaktivist*innen in Kolumbien. Internationale Aufmerksamkeit dafür kann Teil des Schutzes sein.

Margaret Buslay ist Sprecherin der pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt.

Weitere Informationen unter:
www.pax-christi.de
> Themen > Kommision Solidarität Eine Welt

Ein Raum zur spirituellen Stärkung

Die pax christi-Gruppe in Medellin

Foto: pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt

Der Kontakt zu den Mitgliedern der Medelliner pax christi-Gruppe ist seit den 70er Jahren durch Entwicklungsdienste der pax christi-Mitglieder Renate Zwicker-Pelzer, Margaret Buslay und Christine Klissenbauer entstanden, die heute durch die Kommission „Solidarität – Eine Welt“ zusammenarbeiten.

Seit April 2017 veröffentlicht die pax christi-Gruppe Medellin regelmäßig einen Newsletter.

Nach langen Kontakten zur pax christi-Gruppe in Erftstadt (Diözese Köln) haben 2016 engagierte Christ*innen in Kolumbien die pax christi-Gruppe Medellin gegründet. Lesen Sie hier mehr von diesen Partnern, die im Oktober auch die pax christi-Delegiertenversammlung in Fulda besuchen werden.

Wie kam es zur pax christi-Gruppe Medellín?

Die Verbindung, von denen, die heute die pax christi-Gruppe Medellin bilden, mit pax christi Deutschland reicht bis in die 70er Jahre zurück. Landnahme, Vertreibung, Exil, Befreiungstheologie und Menschenrechtsarbeit sind Themen im Austausch mit der pax christi-Gruppe Erftstadt sowie mit Christine Klissenbauer und Margaret Buslay von der Kommission „Solidarität Eine Welt“. Die meisten von uns gehörten 2012 zu „Kommunion/Gemeinschaft ohne Grenzen“, einem Raum zur spirituellen Stärkung unserer Option für den Frieden mit Gerechtigkeit und Gleichheit und für die Befreiung unserer Völker. Gerd Pelzer besuchte uns und lud uns nach Deutschland ein. Durch die Begegnung mit pax christi Erftstadt 2014 haben wir uns sehr weiterentwickelt. 2015 besuchten uns Gerd, Renate, Rosa und Ljerka. Wir haben das Meer, den Strand, die Erholung und unsere Träume von einer möglichen anderen Welt geteilt. Am Ende nahmen wir uns vor, die Bildung einer lokalen pax christi-Gruppe vorzubereiten. Wir waren sieben, jetzt sind wir zehn.

Wer seid ihr?

Kurz gesagt: Wir kommen alle aus der Arbeit mit armgemachten und unterdrückten Gemeinden. Seit Jahrzehnten haben wir Basisgemeinschaften begleitet und mit ihnen an Netzwerken geknüpft für einen Frieden mit Gerechtigkeit, Vielfalt, Inklusion und sozialem Ausgleich. Wir alle wurden auf unterschiedliche Weise verfolgt und viele von uns auch von der Kirchenhierarchie ausgegrenzt.

Wie verfolgt ihr konkret eure Ziele?

Wir schützen Menschenleben und sind dabei, eine Plattform zur Anklage von Menschenrechtsverletzungen aufzubauen. Die Anzeigen sollen um die ganze Welt gehen und dazu führen, dass Druck auf die kolumbianische Regierung ausgeübt wird. Es geht um den Kampf der Landrechtsaktivisten und den „Schutz des gemeinsamen Hauses“, von dem Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Laudato sí“ spricht. Wir arbeiten mit der nationalen Umweltbewegung zusammen. Wir gestalten Feiern der Hoffnung – ökumenisch ausgerichtet und offen für alle Menschen und Gruppen, die eine Verbindung zwischen Glauben und Politik zu vertiefen suchen.

Wie drückt sich der befreiungstheologische Ansatz in eurer Gruppe aus?

Indem wir einen Glauben leben, der sich in Jesus zentriert. Im Dienste der Ärmsten und in Annäherung an die Realität, in der unser Volk lebt. An der Seite der Armgemachten lernen wir den Wert und den Sinn der Hoffnung. Wir bevorzugen kleine Gemeinschaften als natürliche Orte von Befreiung, so vertiefen wir die Verbindung zwischen Glauben und Politik.

Wie seht ihr eure Rolle in Kirche und Gesellschaft?

Wir wollen die Verbindung zwischen Glaube und Politik im kirchlichen Umfeld verändern. Wir üben uns im kritischen Gegen-Lesen von Informationen. Wir haben dazu beizutragen, dass sich die Kirche ihrer Verantwortung für die Förderung und den Schutz des Lebens bewusst wird. Unser Einsatz muss eindeutig denjenigen dienen, die durch Normierungen ausgeschlossen werden – seien es patriarchale, monotheistische, monogame, orthodoxe oder heterosexuelle. Dabei wollen wir Menschenleben, soziale Basisorganisationen und Mutter Erde schützen.

Was sind eure Aufgaben, um zur Friedensförderung in der Phase nach den Abkommen beizutragen?

Wir bringen unsere unterstützende Position zu den Vereinbarungen deutlich zum Ausdruck. Wir ermutigen zu Hoffnung und Zivilcourage. Die Kämpfe und die Sehnsüchte derjenigen, die gelitten und gekämpft haben, sehen wir als unsere eigenen an. Wir lernen die Spiritualität der Liebe, der Vergebung, der Inklusion und der Versöhnung noch tiefer zu leben. Wir helfen mit, konkrete Vorschläge auszuarbeiten für eine politische Praxis ohne Waffen. Wir fördern breite Allianzen von Bewegungen, Organisationen, Kirchen und religiösen Orden, um Menschenleben und Prozesse wirksam zu schützen. Wir setzen uns ein für die zivilgesellschaftliche Beobachtung der Umsetzung der Abkommen und dafür, die Erinnerung wachzuhalten und alle Opfer zu entschädigen.

Können wir als Freund*innen von pax christi Deutschland etwas beitragen?

Ja klar, sehr viel sogar! Ihr könnt uns unterstützen, indem ihr in Deutschland über die Erfüllung bzw. Nichterfüllung der Abkommen berichtet. Es ist wichtig, die Strategie der paramilitärischen Mächte zu benennen und anzuklagen. Im Verbund mit anderen NGOs (zum Beispiel Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien) könnt ihr bis hin zum Bundestag Druck auf die kolumbianische Regierung ausüben, den effizienten Schutz der bedrohten Menschen und Prozesse zu gewährleisten. Auch könnt ihr die Arbeit mit der betroffenen Bevölkerung durch methodische Anregungen sowie finanziell unterstützen. Nicht zuletzt hoffen wir auf eure Solidarität für den Fall, dass wir persönlich akute Bedrohungen erfahren.

Das Interview mit der pax christi-Gruppe Medellin führten und übersetzten Margaret Buslay und Gerd Pelzer.

La Soberanía del Continente es de los Indios

Die Hoheitsgewalt des Kontinents liegt bei den indigenen Völkern

J. Puig Reixach / http://www.puigreixach.net/

Samuel Ruiz García
Ein Kämpfer für die Indigenen

Foto: www.flickr.com/ Ana Ray

Zum Tod des Bischofs verabschiedeten sich die Zapatistas auf ihre eigene Art:

„Don Samuel Ruiz García wird immer einen besonderen Platz im „dunklen" Herzen der zapatistischen indigenen Gemeinden haben" – in Erinnerung rufen sie ihr „otro mundo es posible" – eine andere Welt ist möglich!

Die Transformationen in Mexiko sind eng mit einer Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Indigenen verbunden. Wir beleuchten die Rolle des früheren Bischofs dabei.

Christa Guerrero

Bischof Samuel Ruiz García (1924-2011) war kein Progressist, als er 1959 zum Bischof der Diözese des südmexikanischen Bistums Ciudad Real de Chiapas ernannt wurde. Er hatte die Mission, „dominant in spanischer Sprache" die Evangelisierung voranzutreiben. Die Kirche war wie die Großgrundbesitzer, Rinderzüchter, Kaffeebarone, eine Vertreterin des feudalen Systems, das sich der fruchtbaren Böden und Naturressourcen bediente, dabei die indigenen Arbeitssklaven erbarmungslos ausbeutete und zu enormem Wohlstand gelangte. Für die Maya-Völker bedeutete die gewaltsame Conquista desaströse Rückständigkeit, ihre gesellschaftliche Ordnung und Kultur waren zerstört; als Leibeigene bzw. Tagelöhner waren sie zu extremer Armut und Abhängigkeit verurteilt.

Option für die Armen

Umgeben von rassistischer Unterdrückung und Ausgrenzung gegenüber den Geächteten, durchbrach Ruiz die unsichtbaren Linien, erlernte indigene Sprachen und hörte den Menschen zu. Wie sollten sie sich einem ständig gegen sie geführten „Vernichtungskrieg", ihrer Verelendung entgegenstellen? Ruiz war betroffen und versuchte sie aufzurichten.

In Medellín diskutierte man 1968 die Befreiungstheologie, die „Option für die Armen". Dieser Aufbruch mit theologischem Ansatz und sozialem Engagement zur Befreiung der Unterdrückten (Indigenen) von kolonialer Dominanz war ein Bruch im Denken der Kirche. Ruiz stieß damit auf Abwehr bei den maßgeblichen Eliten in Chiapas, die die prekäre Situation der indigenen Bevölkerung ignorierten. In der Diözese bot er Schulungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Handwerk an und organisierte 1974 den „Ersten Indigenen Kongress". 1.000 Gemeinden nahmen teil und forderten gerechte Strukturen; es entstanden erste Widerstands-Bewegungen. Die Regierung reagierte mit weiteren massiven Landnahmen und gewaltsamen Vertreibungen.

Auftakt zu Weltsozialforen

Zum Inkrafttreten des NAFTA-Freihandelsabkommens am 1.1.1994 wurde die Öffentlichkeit mit einem Aufstand überrascht und dem Ruf: „Ya Basta, es reicht – das Land ist keine Ware". Eine unbekannte „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung" (EZLN) meldete sich und wies via Internet zielgerichtet auf den „Verlust von Menschenwürde im globalen Materialismus" hin – eine Übernahme der politischen Macht war nicht geplant, aber die Neugier geweckt; schon 1996 pilgerten über 1.000 internationale Besucher zum „Ersten Intergalaktischen Treffen der Humanität gegen den Neoliberalismus" nach Chiapas, der spätere Zulauf zu den Weltsozialforen – die daraus hervorgingen – blieb jedes Jahr immens. Ein Waffenstillstand beendete Tage später den ungleichen Kampf; die überraschende Solidarität der Zivilgesellschaft „no están solos" (ihr seid nicht allein) brachte die Regierung zum Einlenken.

Ruiz hatte den Kampf der EZLN unterstützt – mit Ausnahme des Einsatzes von Waffengewalt. Er übernahm die Position des Mediators zwischen EZLN und Regierungsvertretern in den Verhandlungen. Zwei Jahre später wurde der „Friedensvertrag in San Andrés" unterzeichnet. Ruiz kommentierte: „Ich war gekommen, den Indigenen das Evangelium zu bringen, doch sie haben mich bekehrt." Die Zapatistas sprachen von einem fragilen, unvollständigen Frieden, der ständig bedroht wird, und verwiesen auf die militärische Umzingelung und postkoloniale Dominanz durch die Paramilitärs.

Die EZLN gab den Indigenen ein neues Gesicht: Männer und Frauen kämpften im umfassenden Sinn gegen Ungleichheit, für Würde, Freiheit und kulturelle Pluralität – „nie mehr ein Mexiko ohne uns." Im emanzipatorischen Prozess der Befreiungstheologie gingen sie einen Schritt weiter: Sie besetzten als „Wiederaneignung" tausende Hektar Land zur Lösung eigener Ernährungsprobleme und erklärten die Gemeinden für „autonom". Kollektiv, ohne sonderliche Ressourcen, entwickelten sie ein Verwaltungssystem, bauten Schulen, Krankenhäuser und verbesserten die ökonomische Situation in den autonomen zapatistischen Gemeinden beachtlich. Traditionelles Wissen und vorbildliche Nutzung der Ressourcen und Ökosysteme wurden zusammengeführt und so Vorbild für andere Regionen.

Politische Transformationen

Für die Präsidentschaftswahlen 2018 konnten die Zapatistas die Aufstellung einer indigenen Frau als gemeinsame Kandidatin von 58 mexikanischen Völkern anregen. Ruiz hatte entscheidenden Einfluss auf diese Transformationen. In seinem Hirtenwort von Januar 2004 „Eine neue Stunde der Gnade" schrieb der Bischof: „... der Konflikt in Chiapas wurde keineswegs gelöst, ein Frieden ist nicht durchsetzbar, solange seine Ursachen immer globaler werden" und verwies auf das herrschende Wirtschaftssystem und die Politik (Megaprojekte, Korruption) – aber auch „auf das Licht der Hoffnung ..." und so sollte auch die Aussage von Bartolomé de Las Casas zu Beginn, trotz aller Hindernisse, im Blickpunkt bleiben.

Christa Guerrero ist Mitglied der pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt.

Aufbau eines guten Lebens

Menschenrechtsarbeit am Beispiel Ecuador

Foto: pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt

Das Projekt Yachachic – Consisa in Ecuador hat Ausbildungen im tertiären Bildungssektor für Gemeindepromotoren aufgebaut.

Heinz Neuser

In den letzten Jahren hat die pax christi-Kommission Bildungsprojekte in Ecuador, Peru und Paraguay begleitet, die sich einer integrierten Armutsbekämpfung und der Bildung und Regionalentwicklung widmen. Kennzeichnend ist ein Bezug zur Befreiungspädagogik, die in Lateinamerika ihre Wurzeln hat.

Das Projekt Yachachic – Consisa in Ecuador gehört seit zwanzig Jahren zu den Partnern der Kommission Solidarität Eine Welt. Dort waren auch mehrfach junge pax christi-Freiwillige aus Deutschland aktiv.

Yachachic – Consisa hat Ausbildungen im tertiären Bildungssektor für Gemeindepromotoren aufgebaut. Vergleichbar einer „Volkshochschule“ werden Kompetenzen für Persönlichkeiten aus den indianischen Gemeinden vermittelt. In Kooperation mit der Diözese Riobamba werden Bewohner der indigenen Gemeinden zur Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung befähigt.

Das Vorhaben ist modellhaft für die regionale Armutsbekämpfung. Indigenas werden für kommunale und regionale Aufgaben qualifiziert. Die Wahrung der sozialen und ökonomischen Menschenrechte für die ausgegrenzte Bevölkerung orientiert sich an dem Aufbau eines guten Lebens – „Buen Vivir“.

Wie entstand das Vorhaben?

Aus der Initiative eines deutschstämmigen Priesters bildete sich eine Gruppe von Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen zur Ausbildung von Gesundheitspromotoren, um die Gesundheit von Frauen und Kindern in den indianischen Dörfern zu verbessern. Gesundheitserziehung und Förderung der Naturmedizin wurden verbunden mit produktiven Vorhaben zur Herstellung und Vermarktung von Medizinprodukten. Gesundheitszentren werden in Gemeinschaftsarbeit gebaut. Weitere Schritte sind die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionserträge durch Anlage von Bewässerungssystemen, Verarbeitung in Molkereien und Getreidemühlen, Aufbau von Fisch- und Hühnerzucht. Weiterbildungen erfolgen im Kontext einer integrierten Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Yachacic – Consisa handelt nach der päpstlichen Enzyklika „Populorum Progressio“ (Entwicklung ist der neue Name für Frieden) und „Wahrung von Frieden, Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit“. Armutsbekämpfung bedeutet in diesem Kontext, die Möglichkeiten der Selbsthilfe der Armen zu erweitern und ihnen nötiges Wissen und Technik zugänglich zu machen, die sie zur Verbesserung ihrer Lebenschancen benötigen – aber auch die Konflikte, in die die Armen durch den Machtkampf der Eliten hineingezogen werden, zu unterbinden.

Heinz Neuser ist Mitglied der »Kommission Solidarität Eine Welt«.

pax christi hat viele Freunde

Förderung für 2018 gesichert

Brief des pax christi-Präsidenten

Liebe pax christi-Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde von pax christi,

vor kurzem haben wir die Unterschriften „pax christi nicht streichen!“ und die Postkarten „Wir brauchen Frieden“ an die Deutsche Bischofskonferenz überreicht.

Ich danke allen, die unsere Solidaritätsaktionen durch ihre Unterschrift, durch Briefe und Kommentare unterstützt und die Wichtigkeit der pax christi-Friedensarbeit in der heutigen Zeit betont haben! Dieser Einsatz von Einzelpersonen und Organisationen war ausschlaggebend dafür, dass wir gemeinsam ein gutes Ergebnis erreichen konnten. Es ist deutlich geworden, dass pax christi viele Freunde hat. Die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, sind die Fragen vieler Menschen. Viele sehnen sich nach einer Welt ohne Waffen und sind bereit, Schritte in diese Richtung zu gehen. pax christi konnte neue Mitglieder gewinnen, wofür wir sehr dankbar sind.

Viele haben uns ihr Unverständnis, ihren Schmerz und ihre tiefe Enttäuschung über den Sparbeschluss der Bischofskonferenz mitgeteilt. Einige haben von ihrer sehr ernsten Absicht geschrieben, aufgrund einer Gewissensentscheidung, die ihnen nicht leicht fällt, ihre Kirchensteuer pax christi zukommen zu lassen, sollte die Streichung der Kirchensteuermittel für die pax christi-Bundesebene tatsächlich erfolgen.

All das fand in den Diskussionen innerhalb der Bischofskonferenz Berücksichtigung. Der Verband der Diözesen Deutschlands hatte entschieden, die vorliegenden Sparpläne nochmals zu überprüfen und sicherzustellen, dass die Arbeit der pax christi-Bewegung sowie die anderer Einrichtungen fortgesetzt werden kann. Der Gesprächsprozess innerhalb der Bischofskonferenz zur Findung eines gehbaren Weges und zur Vermeidung von Härtefällen ist noch im Gange. Für pax christi bedeutet dies die Weiterförderung und zunächst einmal eine Zusage für das Jahr 2018.

Wir bitten alle, die durch das Vorgehen der Kirche verärgert wurden, die nun neue Perspektive zu stärken. Viele Zuschriften machten deutlich, dass pax christi ein unverzichtbarer Anwalt des Evangeliums des Friedens ist und gerade in dieser Zeit zunehmender Gewalt der Kirche Glaubwürdigkeit verschafft.

Mit herzlichen Grüßen,
Heinz Josef Algermissen
Bischof von Fulda

Foto: pax christi

Überreichung der Unterschriftenlisten „pax christi nicht streichen!“ an Hans Langendörfer, den Leiter des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz am 19. Juni 2017

Dank großer Solidarität: Zwischenetappe geschafft

„pax christi wird 2018 weiter mit 60.000 gefördert. Nach einem intensiven Beratungsprozess wollen die Bischöfe die Sparpläne, von denen nicht nur pax christi betroffen ist, neu überdenken. Es ist ein Zeichen von Stärke, vorbereitete Pläne neu zu überdenken. Das ist ein Signal der Bischöfe, über das wir uns freuen und das uns Hoffnung macht.

Als pax christi-Vertreter im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZDK) habe ich große Solidarität aus den anderen katholischen Verbänden erfahren. Das ZdK fordert größtmögliche Transparenz und Beteiligung bei der Verteilung von Kirchensteuermitteln. Gemeinsam setzten wir uns im ZdK dafür ein, dass die Förderung überdiözesaner Aufgaben durch Verbände wie pax christi auch in Zukunft nicht in Frage gestellt wird!“

Gerold König
pax christi – Geschäftsführender Vorstand
und Mitglied des ZdK

Atomwaffen: endlich illegal

Nächster Schritt: Europa nuklear entwaffnen

Foto: IPPNW

Aktivisten des ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) vor dem UN-Gebäude in New York

Andreas Zumach

72 Jahre nach dem verheerenden Abwurf zweier Atombomben auf Hiroshima und Nakasaki hat die UNO endlich einen entscheidenden Schritt zur vollständige Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen gemacht. Am 7. Juli verabschiedeten 122 UNO-Staaten – knapp zwei Drittel der 193 Mitglieder der Generalversammlung – ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen zur weltweiten Ächtung von Atomwaffen. Singapur enthielt sich der Stimme. Die Niederlande stimmten mit Nein. Deutschland und alle übrigen NATO-Staaten – darunter die drei offiziellen westlichen Atomwaffenmächte USA, Großbritannien und Frankreich – hatten die Verhandlungen ebenso boykottiert, wie die Atomwaffenstaaten Russland und China, Israel, Indien und Pakistan. Der Vertrag soll ab dem 20. September 2017 in Anwesenheit der Außenminister bei der UN-Vollversammlung in New York feierlich zur Unterschrift freigegeben werden. Notwendig sind 50 Ratifizierungen, damit der Vertrag 90 Tage später in Kraft tritt. Auch Staaten wie Deutschland, die sich nicht an den Verhandlungen beteiligten, können dem Vertrag zu jedem späteren Zeitpunkt beitreten.

Erfolg der Friedensbewegung

Mit dem Vertrag verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten „niemals und unter keinen Umständen atomare Waffen oder andere atomare Sprengsätze zu entwickeln, produzieren, testen, erwerben, besitzen oder zu lagern“. Verboten werden auch die „Weitergabe“ von Atomwaffen sowie der „direkten oder indirekten Kontrolle über A-Waffen „an irgendwelche anderen Empfänger“. Zudem dürfen die Vertragsstaaten auf ihrem Territorium weder die Stationierung noch den Transport von Atomwaffen anderer Staaten zulassen. Würde Deutschland dem Abkommen beitreten, müssten daher zuvor die US-amerikanischen Atombomben aus Büchel abgezogen werden. Auch müsste Deutschland die die Politik der „nuklearen Teilhabe“ in der NATO aufgeben. Diese beiden letzten Bestimmungen gaben für die Niederlande – in der ebenfalls noch US-amerikanische Atomwaffen stationiert sind – den Ausschlag, trotz Teilnahme an den Verhandlungen den Vertragstext schließlich doch abzulehnen.

Das Abkommen sieht zudem finanzielle, psychologische und andere Unterstützung vor für die noch lebenden Opfer der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki sowie für Menschen, die oder deren Wohngebiete durch die Atomwaffentests der letzten 75 Jahre radioaktiv verstrahlt wurden. Dass die Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot auf UNO-Ebene überhaupt zustande kamen, ist ein großer Erfolg aller Mitglieder der Friedensbewegung, die sich seit Jahrzehnten weltweit für die Abrüstung dieser Massenvernichtungswaffen und ihr vollständiges Verbot engagieren. In den letzten Jahren beteiligten sich viele Initiativen und Organisationen der Friedenbewegung an der „Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN-International Campaign for the abolition of nuclear weapons), die mit gut organisiertem Lobbying gegenüber den Regierungen der UNO-Mitgliedsstaaten schließlich im Oktober 2016 den Beschluss über die Aufnahme von Verbotsverhandlungen durchsetzte. Und dies trotz massiven Gegendrucks, Einschüchterung und Erpressung durch die USA, Deutschland und andere NATO-Staaten, die diese Verhandlungen unbedingt verhindern wollten.

Bestehende „Verpflichtung“

Mit Ausnahme der Niederlande, die sich enthielt, stimmten damals alle NATO-Staaten ebenso gegen die Aufnahme von Verhandlungen, wie auch die Atomwaffenstaaten Russland, Israel und Pakistan. China und Indien enthielten sich der Stimme, Nordkorea votierte sogar für Verhandlungen. Die Hoffnung, zumindest China und Indien würden sich an den Verhandlungen beteiligen, erfüllte sich jedoch nicht. Lediglich die Niederlande nahmen teil – allerdings mit Vorbehalt unter Verweis auf ihre derzeit noch bestehenden „Verpflichtungen“ als NATO-Mitglied und Stationierungsort für US-Atomwaffen.

Die Bundesregierung hatte ihre ablehnende Haltung zunächst mit der Behauptung gerechtfertigt, Verhandlungen über ein vollständiges, weltweites Verbot von Atomwaffen würden das existierende Abkommen über ihre Nichtverbreitung (NPT) „schwächen“. Eine absurde Behauptung, die in der Generalversammlung auch bei zahlreichen erklärten Freunden Deutschlands Kopfschütteln und Unverständnis auslöste.

Boykott von Rüstungskontrollverhandlungen

Seit die Verhandlungen von immerhin über 130 UNO-Staaten beschlossen wurden, diffamierte die Bundesregierung sie als „rein gesinnungsethische Veranstaltung“, so der Sprecher des Auswärtigen Amtes Martin Schäfer. Außenminister Sigmar Gabriel wertete die Verhandlungen mit dem Ziel eines völkerrechtlichen Abkommen ab als „unverbindliche Abrüstungsinitiativen auf der Ebene der UN“. Weil die Atomwaffenstaaten nicht beteiligt seien, nehme auch Deutschland nicht teil.

Doch der wahre Grund für diesen ersten Boykott multilateraler Rüstungskontrollverhandlungen in der gesamtdeutschen Geschichte seit 1949 ist ein anderer: Zumindest die beiden Parteien CDU/CSU und SPD wollen die Option offenhalten für eine deutsche Mitverfügung über Atomwaffen im Rahmen einer Europäischen Militärunion – sollten Frankreich und Großbritannien dann weiterhin Atomwaffenstaaten sein. Einen entsprechenden Vorbehalt hatten sowohl 1970 und 1973 die damaligen Bundesregierungen bei der Unterzeichnung und der Ratifizierung des NPT-Vertrages gemacht. Unter Verweis auf die (angeblich) nicht mehr verlässliche Beistandsgarantie der USA im Rahmen der NATO sowie auf die „Notwendigkeit“ einer eigenständigen Militär- und Sicherheitspolitik der EU reden Politiker*innen der beiden derzeitigen Koalitionsparteien in jüngster Zeit immer offener über die Option auf eine gemeinsame europäische oder gar nationale deutsche Atombewaffnung. Es ist Aufgabe der Friedensbewegung, eine breite öffentliche Debatte herbeizuführen über die Frage „Braucht Deutschland/die EU Atomwaffen?“.

Andreas Zumach ist Aktivist und als Journalist für Frieden Träger des Göttinger Friedenspreises, er arbeitet als Presse- und Rundfunk-Korrespondent in Genf, unter anderem für die „Tageszeitung“.

Kleinwaffen und Munition

Ein tödliches Zusammenspiel

Foto: shutterstock.com/ NEstudio

Foto: Eva Begemann, Fabian Wilczek Köln

Eines der größten Probleme: Munition für Kleinwaffen ist weltweit verfügbar.

Zwischen Herbst 2014 und Juli 2016, hat die Bundesregierung den Export von 24.155 militärischen Kleinwaffen verschiedenen Typs, und die Lieferung von fast 22 Millionen Schuss passender Munition an die kurdische Regionalregierung im Nord-Irak genehmigt.

Fabian Sieber

Es ist ein allgemeiner Konsens in Friedensforschung und Politik: Kleinwaffen sind ein Problem. Indem sie die „unverhältnismäßige und destabilisierende Anhäufung und Verbreitung von Kleinen und Leichten Waffen“ kritisierten, haben die UN bereits im Jahr 1995 mit der Resolution 50/70B die allgemeine Sprachregelung formuliert, die seitdem durch die OSZE, die EU und durch die Bundesregierung im Rahmen ihrer Rüstungsexportberichterstattung aufgegriffen wurde. UN-Generalsekretär Kofi Anan wies schließlich darauf hin, dass Kleinwaffen im Hinblick auf das Leiden, das sie verursachen, als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden sollten.

Nach Einschätzung des Small Arms Survey sind Kleinwaffen ein zentraler Bestandteil aller heutigen Konflikte und für 60 bis 90 Prozent aller direkten Kriegsopfer verantwortlich. Es gibt viele Gründe, weshalb Kleinwaffen so überaus tödlich wirken. Der wichtigste Grund jedoch wird leicht übersehen: Munition für Kleinwaffen ist weltweit verfügbar. Wäre dies nicht der Fall, könnten keine Kriege geführt werden, denn die verwendeten Kleinwaffen werden nutzlos, sobald der letzte Schuss gefallen ist, der nicht ersetzt werden kann. Und eine Schusswaffe ohne Munition ist so wertlos, wie ein Bogen ohne Pfeil.

Sicherheitspolitische Einflussnahme

Die Bundesregierung ist sich des Problems natürlich bewusst, hat aber derzeit noch zu keiner stringenten Position gefunden. Einerseits betont sie die Gefährlichkeit von Kleinwaffen und ihrer Munition und nimmt für sich in Anspruch, eines der weltweit strengsten Rüstungsexportkontrollregimes entwickelt zu haben um sicher zu stellen, dass deutsche Waffenexporte nicht konfliktverschärfend wirken. Andererseits instrumentalisiert sie Waffenlieferungen als ein Mittel der (sicherheits-) politischen Einflussnahme.

Die Rüstungslieferungen an die kurdische Regionalregierung im Nord-Irak stehen hierfür paradigmatisch: Binnen zwei Jahren, zwischen Herbst 2014 und Juli 2016, hat die Bundesregierung nicht nur den Export von 24.155 militärischen Kleinwaffen verschiedenen Typs, sondern auch die Lieferung von fast 22 Millionen Schuss passender Munition genehmigt. Diese Waffenlieferungen belegen einmal mehr die zentrale Rolle von Kleinwaffen in heutigen Kriegen und wie wichtig das Zusammenspiel von Waffen und Munition ist. Denn ohne die Lieferung passender Munition hätten alle Waffenlieferungen nichts genützt.

Nicht Sache der Rüstungskontrolle

Die Bundesregierung „ertüchtigt“ Partnerländer aber nicht nur direkt, also etwa durch Munitions- und Waffenlieferungen, sondern auch indirekt durch die Weitergabe von (Fertigungs-) Technologien. In diesem Zusammenhang hat die Firma Fritz Werner traurige Berühmtheit erlangt: Das heute zu MAN Ferrostaal gehörende Unternehmen ist ein Hersteller von Produktionsanlagen zur Herstellung von Waffen und Munition. Wenn die Bundesregierung den Export entsprechender Maschinen erlaubt, so unterstützt sie damit den Aufbau von Fertigungskapazitäten, mit deren Hilfe Kleinwaffen und ihre Munition hergestellt werden können.

Was mit den entsprechenden Waffen dann geschieht, ist nicht Sache der deutschen Rüstungskontrolle. So genehmigte die Bundesregierung im Jahr 2000 die Lieferung einer Produktionsanlage zur Herstellung von Munition in die Türkei, im Jahr 2006 war MAN Ferrostaal am Aufbau einer Fabrik in Mexiko beteiligt und zwischen 2003 und 2008 wurde durch deutsche Maschinenexporte Saudi-Arabien befähigt, das G36-Gewehr und die entsprechende Munition in Eigenregie zu produzieren.

Falls es interessierten Kunden jedoch nicht genügt, nur die Fertigungsanlagen zu erwerben, so ist die Bundesregierung grundsätzlich auch bereit, den Verkauf ganzer Rüstungsunternehmen zu gestatten: So wurde im Jahr 2007 der Gewehr-Hersteller Merkel Jagd- und Sportwaffen mit Sitz in Suhl in die Vereinigten Arabischen Emirate verkauft. In Kooperation mit der IHK Südthüringen und der Simson Privat Akademie werden seit 2008 bei Merkel in Suhl Maschinenbau-Studierende aus den Vereinigten Arabischen Emiraten weiterqualifiziert, die ihre Kompetenzen dann in der im Entstehen begriffenen Kleinwaffen-Industrie der Vereinigten Arabischen Emirate einbringen können.

Fertigungskompetenz wird erhöht

In ähnlicher Weise erlaubte die Bundesregierung im Jahr 2007 auch den Verkauf des deutschen Munitionsherstellers MEN an die brasilianische CBC-Gruppe. Auch in diesem Zusammenhang kam es im Jahr 2010 zu einem Technologie-Transfer, durch den die brasilianische Muttergesellschaft ihre Fertigungskompetenzen erhöhen konnte.

All dies zeigt, dass die Bundesregierung sich auf dem Papier des Problems, das von Kleinwaffen und ihrer Munition ausgeht, bewusst ist, dass sie aber nicht bereit ist, den Vorrang von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen bei Rüstungsexporten in Frage zu stellen. Deshalb wird die deutsche Rüstungsindustrie auch in Zukunft daran beteiligt sein, wenn Kriege geführt und Menschen getötet werden.

Fabian Sieber ist Mitglied der pax christi-Kommission Rüstungsexport.

Nennt den Krieg beim Namen

Unterwegs im Osten der Ukraine

Fotos: pax christi

Fotos: pax christi

In Kharkiv werden wir vor der römisch-katholischen Kirche von Bischof Stanislav Szyrokoradiuk empfangen. Direkt neben der Kirche befindet sich das neue Sozialzentrum der römisch-katholischen „Caritas Spes“. Da gerade Mittagszeit ist, ist die Suppenküche für Obdachlose gefüllt. In dem Containerbau befinden sich außerdem ein medizinisches Zentrum, Räume für Kinderbetreuung und Jugendarbeit, Lagerräume und eine Waschküche. Bischof Stanislav ist begeistert von der Vielzahl an Projekten und dem schnellen Aufbau des Zentrums. Der Caritas-Direktor, Sergij Koval, berichtet uns von 18 zurzeit laufenden Projekten. Bisher haben im Oblast Kharkiv über 40.000 Menschen Hilfe von der Caritas erhalten.

Elena Rother

Die Sonne strahlt, die Äste der Kirschbäume biegen sich unter der Last der Früchte und die Blumen in den Gärten vor den Häusern und auf den Feldern stehen in voller Blüte, doch die Ferienhäuser des kleinen Urlaubsdorfes am Schwarzen Meer nahe Mariupol bleiben diesen Sommer das vierte Jahr in Folge leer. Der Strand ist vermint, das Dorf Berdyanske befindet sich innerhalb der von der ukrainischen Regierung eingerichteten Pufferzone, 1,5 km von der Frontlinie entfernt. Wir stehen in schusssicheren Westen vor dem Auto der Caritas und sollen aufpassen, nicht auf die Grasstreifen zu treten. Minengefahr. Mir scheint unwirklich, dass hier nachts Bomben fallen und Häuser beschossen werden, doch die Einschusslöcher in den Dächern und Ruinen am Straßenrand zeugen davon. Wir sind mit einer Gruppe der Caritas Mariupol unterwegs, die die Menschen hier im Osten der Ukraine mit Medikamenten versorgt.

Lösung des Konflikts nicht in Sicht

Mit dabei sind Grygoriy und Maksim von der „Caritas in der Ukraine“, dem Caritasverband der ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche. Maksim war bis 2012 Offizier bei der Schwarzmeerflotte und ist jetzt Sicherheitsbeauftragter der Caritas. Grygoriy Seleshchuk ist Programmdirektor des Bereichs Peace Building. Maksim begleitet Gruppen und internationale Gäste bei Projektbesuchen in der Pufferzone und hat in Zusammenarbeit mit der deutschen Caritas ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Mitarbeiter*innen in der Ukraine erstellt. Obwohl der Krieg medial inzwischen nicht mehr so präsent ist, habe der Einsatz schwerer Geschütze gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Eine Lösung des Konflikts sei momentan nicht in Sicht.

Seit 2014 dauert der Krieg in der Ukraine nun schon. Grygoriy wünscht sich mehr internationale Solidarität und dass die Dinge endlich beim Namen genannt werden. Wozu noch die offizielle Bezeichnung als „Anti-Terror-Organisation“ (ATO)? Bei den Autofahrten über von Panzerfahrten zerstörte Straßen werden spannende Diskussionen geführt und die Rollen Russlands und Europas beraten.

„Zuhause ist zuhause“

In Mar’yinka wird eine weitere Familie mit Medikamenten versorgt. Drei Mal hat sie ihr Dorf verlassen auf der Suche nach Sicherheit, drei Mal ist sie zurückgekehrt. „Zuhause ist zuhause“, sagt eine Frau mit Tränen in den Augen. Immer wieder werde Mar’yinka bombardiert, ihr Haus sei bisher nur von kleineren Splittern getroffen worden. Einmal, sei fast etwas Großes ins Schlafzimmer geflogen, aber sie hatten Glück.

Am nächsten Tag führt der Weg wieder vorbei an zerstörten Gebäuden, ruinierten Straßen und einer provisorischen Brücke, auf der steht: „Danke Dir Gott, dass ich kein Moskal bin.“ „Moskal“ ist eine abwertende Bezeichnung für Russ*innen oder Ukrainer*innen, die sich Russland zugehörig fühlen. Svitlodarsk – einst aufgrund eines riesigen Kohlekraftwerks bekannt als die „lichtgebende“ Stadt („svitlo“ ist Ukrainisch für „Licht“) im Donbass – liegt nur wenige Kilometer von der Frontlinie entfernt und gehörte lange zu den besonders stark umkämpften Gebieten. 60 Prozent der Häuser wurden zerstört; die Bevölkerung ist seit 2013 von gut 12.000 auf wenige Hundert gesunken. Kaum steigen wir aus dem Auto steht Svitlana vor uns. „Wie gefällt es euch hier?“ Wir geben zu, noch kaum etwas von der Stadt gesehen zu haben. „Ich habe diese Stadt mitgebaut“, erzählt sie stolz, stampft mit dem Fuß zur Bekräftigung auf die Platten des Bürgersteiges. Svitlana ist Gewichtheberin und die sportliche Berühmtheit der Stadt. Inzwischen arbeitet sie für die Caritas: Sie macht Sport mit Kindern und Senioren und Hausbesuche – und das voller Energie. Ihre Medaillen und Pokale sind im ehemaligen Kulturpalast ausgestellt, der inzwischen von der Caritas gekauft wurde. Hier finden jetzt verschiedene soziale Projekte statt, aktuell ein Sommercamp für Kinder. Es gibt Kreativ-, Sport- und Spielräume, in denen vor allem ältere Frauen mit Kindern basteln, malen und Spiele spielen. Erst als sie gemeinsam im Luftschutzkeller gesessen haben, sei ihnen bewusst geworden, wie viele Kinder noch in Svitlodarsk leben, erzählt eine der Frauen. Da sei die Idee entstanden, Kinder und Alte in Projekten zusammen zu bringen. Begonnen haben die Aktionen aus Eigeninitiative der Frauen heraus, dann haben sie die Unterstützung der Caritas bekommen. Dieses Projekt ist ein starkes Beispiel für das wachsende zivilgesellschaftliche Engagement in der Ukraine.

Elena Rother macht zurzeit im pax christi-Sekretariat ein Praktikum und begleitete im Juni 2017 gemeinsam mit Christine Hoffmann eine Projektbesuchsreise des Renovabis Ukraine-Referenten Joachim Sauer.

Kirche des gerechten Friedens

Friedensethische Anstöße im Jahr des Reformationsjubiläums

Wurde zum Symbol der ökumenischen Friedensbewegung: Schwerter zu Pflugscharen, Skulptur von Jewgeni Wiktorowitsch Wutschetitsch – 1959 Geschenk der Sowjetunion an die UNO – Garten im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York City

https://commons.wikimedia.org/Neptuul

Angeregt durch eine Gruppe friedensbewegter Christ*innen aus dem Südwesten Deutschlands steht die Evangelische Landeskirche in Baden für einen friedenspolitischen Aufbruch innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland. Dabei geht es den Verantwortlichen nicht nur darum, auf Grundlage des Evangeliums nach gewaltfreien Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung zu suchen. Vielmehr wird im Jahr des Reformationsjubiläums auch ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung diskutiert. Ein solches Plädoyer für einen Militärausstieg käme einem friedensethischen Paradigmenwechsel einer Volkskirche gleich.

Karen Hinrichs

Vor drei Jahren hat sich die Evangelische Landeskirche in Baden verpflichtet, sich auf den Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens zu machen. Der Beschluss der Landessynode „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ umfasst einen Text und praktische Beschlüssen zu Friedensethik, Friedensarbeit und Friedenspädagogik. Dies hat auch in anderen Kirchen in der EKD neues Nachdenken über friedensethische und friedenstheologische Fragen angeregt. Es ist eine Suchbewegung, die andauert.

Friedenslogische Politik

Aus der ökumenischen Diskussion ist der Ruf zu einem friedens- und sicherheitspolitischen Umdenken erwachsen. Globale Ungerechtigkeit ist in vielen Ländern die eigentliche Ursache für bewaffnete Konflikte und das Erstarken von gewaltlegitimierenden Ideologien, Terrorismus und Kriminalität. Nicht Militär und Rüstungsexporte führen zu mehr Sicherheit und beugen Kriegen und ihren katastrophalen Folgen wie Flucht und Vertreibung vor, sondern nur eine andere, eine friedenslogische Politik, die auf Gerechtigkeit und den Abbau von Armut zielt. Die Stärkung internationaler Beziehungen und des Völkerrechts und der Ausbau von Instrumenten ziviler Konfliktbearbeitung gehören ebenso dazu wie Natur- und Klimaschutz. So bleibt es Aufgabe aller Kirchen, die politischen Kräfte und Organisationen öffentlich zu unterstützen, die nicht auf militärische Abschreckung und Abschottung setzen, sondern zu einem konsequenten Abbau von Ungerechtigkeit und Armut im eigenen Land und weltweit beitragen wollen. Auch durch ihre Bildungsarbeit, die diakonische Arbeit und die Mitwirkung im interreligiösen Dialog tun die Kirchen schon viel dafür, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und Feindbilder und Vorurteile zu überwinden.

Kirche des gerechten Friedens

In kleinen Schritten geht es in der Evangelischen Landeskirche in Baden weiter auf dem weiten Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens:

- Die Landeskirche verstärkte die Beziehungen zu ihren Partnerkirchen, die besonders von Krieg und Gewalt betroffen sind. So wird zum Beispiel die „Kirche der Geschwister“ in Nigeria unterstützt, eine Friedenskirche, die besonders unter dem Terror von Boko Haram leidet.
- Das Gebet und die finanzielle Unterstützung für Brot für die Welt und die diakonische Arbeit in Konfliktgebieten, zum Beispiel in Flüchtlingslagern und Schulen im Libanon und in Jordanien oder in Afrika, haben ebenso wie die Flüchtlingsarbeit in Baden einen hohen Stellenwert in den Gemeinden wie auf der kirchenleitenden Ebene.
- Mehrere befristete Projektstellen für die Flüchtlingsarbeit und zwei neue Projektstellen für die Friedensarbeit wurden eingerichtet: Jürgen Menzel macht als Friedenspädagoge in den Schulen den Zivilen Friedensdienst bekannt und steht Gemeinden für Veranstaltungen zur Verfügung.
- Kiflemariam Gebrewoldt arbeitet zu Rüstungsfragen. Er publizierte „Explosiv & Tödlich“ zu Munitionsexporten in deutscher Verantwortung und ließ den Rüstungsatlas BaWü aktualisieren.
- Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh und andere aus der Kirchenleitung forderten eine Teilnahme Deutschlands an den UNO-Verhandlungen zum Verbot von Atomwaffen, den Abzug der Atomwaffen und das Verbot von Nuklearwaffen im Grundgesetz zu verankern.
- Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg (FEST) erstellte zur Frage: „Kann das Eingreifen einer internationalen Polizeitruppe Menschengruppen vor Vertreibung, Genozid oder Menschenrechtsverletzungen schützen?“ die Studie „Just Policing – eine Alternative zur militärischen Intervention?“. Jaqueline Werkner zeigt darin am Beispiel Afghanistans sowohl die Grenzen des militärischen wie des polizeilichen Eingreifens auf. Sie sieht das Potential internationaler polizeilicher Arbeit vor allem im präventiven Bereich.
- Eine AG entwarf ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung. Die Ergebnisse sind nun zur Diskussion zu stellen.
- Die Badische Landeskirche hat ein eigenes Klimaschutzprogram aufgesetzt und arbeitet mit mehreren kirchlichen und anderen Partnerorganisationen zusammen, die sich für Gerechtigkeit und Frieden engagieren.

2017 hat sich die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden dem „Friedensappell“ der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg angeschlossen und damit bekräftigt: Weil wir dem Frieden Gottes und den Verheißungen Jesu Christi trauen, lassen wir uns ein auf das Wagnis eines gemeinsamen Weges zum gerechten Frieden.

Karen Hinrichs ist seit 2004 theologische Oberkirchenrätin in Karlsruhe.

Weitere Informationen unter: www.ekiba.de

Kurzmeldungen

Die ausführlichen Meldungen aus den pax christi-Diözesanverbänden können Sie auf der pax christi-Homepage nachlesen.

Markus Weber

Aachen

- Friedenslauf 2017 unter dem Motto – „Religionen ohne Frieden? Das läuft nicht!“

Augsburg

- Gedenkfeier für Friedensaktivisten und Ökumeniker Max Josef Metzgers vor dem Augsburger Dom

Bamberg

- pax christi-Diözesanvorstand beteiligt sich an Kundgebung gegen Afghanistan-Abschiebungen in Erlangen

Fulda, Limburg und Mainz

- „Schritte gehen auf dem Weg der Versöhnung“: Friedenswanderwege im Vogelsberg
- Friedensradwege zum Thema „Gewaltlosigkeit: Stil einer Politik für den Frieden“ im Saarland

Limburg und Mainz

- Besuch der KZ-Gedenkstätte Osthofen
- Konfliktforscherin Daniela Pastoors eröffnet Veranstaltungsreihe der Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung Rhein-Main „Konflikte: beenden, lösen oder transformieren?“

München

- Ana und Otto Raffai berichten in Gilching von ihrer Friedens- und Versöhnungsarbeit im ehemaligen Jugoslawien

Münster

- Verleihung des „Papst Johannes XXIII-Preis“ an Bernd Mülbrecht und sein Team vom „Haus der Wohnungslosenhilfe“

Praxis-Tipp

Man muss das Rad nicht immer neu erfinden. Die Redaktion der pax_zeit empfiehlt das Beispiel unten zur Nachahmung.

Songworkshop

So klingt der Frieden: Durch Protestsongs und Friedenslieder kreative und öffentlichkeitswirksame Zugänge finden

Fotos: pax christi-Paderborn

Manfred Jäger

Tut das Unnütze, singt die Lieder,
die man aus eurem Mund nicht erwartet!
Seid unbequem, seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt!
Aus: Günter Eich: Wacht auf, denn Eure Träume sind schlecht

Idee
pax christi Paderborn veranstaltete am 10. Juni 2017 einen Songworkshop. Der Songworkshop bot den Teilnehmer*innen die Möglichkeit, sich mit Text und Melodie verschiedener Protestsongs und Friedenslieder auf kreative Weise auseinander zu setzen, um diese dann auf einer offenen Bühne der Öffentlichkeit zu präsentieren und sie somit für das Friedensthema zu sensibilisieren.

Ziel
Ziel des Workshops war es, dass sich die Teilnehmer*innen auf musikalische Weise mit den Themen Militarismus, Töten als Beruf oder mit den falschen Mitteln zur so genannten Friedenssicherung auseinandersetzen. Darüber hinaus sollten sie sich mit ihren je eigenen Friedens-Hoffnungen, -Visionen oder -Utopien beschäftigen und diese mit den anderen Teilnehmer*innen teilen. Und schließlich war es ein Anliegen, durch die Aufführung der Teilnehmer*innen für die erarbeiteten Lieder vor Publikum eine erhöhte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit für das Friedensthema zu erzeugen.

Umsetzung
Folgende Kriterien wurden für die Auswahl der Lieder herangezogen:
- Die Beschreibung einer Situation von Krieg, Ohnmacht, Gewalt, Ungerechtigkeit.
- Die subjektiven Empfindungen und Äußerungen einer Einzelperson.
- Die unterschiedlichen Funktionen und Rollen der Lieder: sich Mut machen, ein Gefühl des Zusammenhalts erzeugen, gemeinsam Stellung beziehen.

Im Workshop hatten die Teilnehmer*innen eine Reihe von Möglichkeiten, selbst mitzugestalten:
- die Lieder zu priorisieren (per Punktabfrage),
- eigene Strophen zum Rio-Reiser-Song „Der Krieg“ zu texten und vorzutragen,
- das Lied „Sag mir wo die Blumen sind“ als Sprechstück mit unterschiedlichen Aufführungsregeln zu interpretieren,
- den je eigenen Zugang zu den Liedern und deren Wirkung zu reflektieren.

Tipp
Die Dauer eines Workshops kann variieren: Es empfiehlt sich die Zeit sehr großzügig zu bemessen, das heißt für mindestens drei Stunden zu planen. Je größer die Eigenaktivität der Teilnehmer*innen sein soll, desto mehr Zeit ist einzuplanen. Außerdem kann man im Vorfeld die Teilnehmer*innen motivieren, eigene Instrumente und auch eigene Liedvorschläge mitzubringen.

Fazit
Lieder leisten einen tollen Zugang zum Thema Frieden, da sie die Möglichkeit bieten, die kreative, emotionale und spirituelle Seite der Teilnehmer*innen mit deren kognitiven in Berührung zu bringen.

Die Möglichkeiten, Lieder nicht nur singend zu konsumieren, sondern mit den je eigenen Gedanken und musikalischen Fähigkeiten, die jeder Mensch mitbringt, gemeinsam zu gestalten, kann Teil einer kreativen Friedensarbeit sein.

Akteure
Klaus Schüssler: Er beschäftigt sich schon lange mit Plattdeutschen, Volks- und Protestliedern, hat in den 80er Jahren viele Erfahrungen in der Straßenmusik gesammelt, hat aber auch lange in der Soul- und Blues-Band „Blaues Wunder“ gesungen.

Manfred Jäger ist Friedensarbeiter beim pax christi-Diözesanverband Paderborn. Manfred Jäger ist Komponist und Autor von Songs aus unterschiedlichen musikalischen Bereichen. (www.manfredjaeger.wordpress.com).

Weitere Infos
www.paderborn.paxchristi.de

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

HeidelbergCement: Trennung von Hanson Israel gefordert

Bei der Hauptversammlung von HeidelbergCement am 10. Mai 2017 forderten der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, die Nahostkommission und pax christi Baden-Württemberg die Trennung von Hanson Israel. Die Firma habe unter anderem im Juni 2015 per LKW Beton für den Ausbau der völkerrechtswidrigen illegalen Barkan-Industriezone geliefert.

50 Jahre Besatzung beenden

Am 1. Juni 2017 forderte die Nahostkommission das Ende der 50jährigen israelischen Besatzung von Ost-Jerusalem, West-Bank, Gaza und Golan. Bis dahin sollten die Bundesregierung und die Europäische Union das Assoziationsabkommen mit Israel aussetzen, ein Verkaufs- und Lieferverbot von Waffen nach Israel und Palästina verhängen und die militärischer Zusammenarbeit einstellen.

Friedensbildung statt Gewaltdenken

Die Kommission Friedensbildung und der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes forderten am 8. Juni 2017 einen „Tag der Friedensbildung“, mehr öffentliche Förderung der Friedensbildung und ein „Aussetzen der kostspieligen und irreführenden Werbekampagnen“ für die Bundeswehr unter Kindern und Jugendlichen wie am „Tag der Bundeswehr“, auf Berufsmessen oder in den Schulen.
Ausführliche Meldungen: www.paxchristi.de

Zusammenstellung: Odilo Metzler

Einladung zur Delegiertenversammlung 2017
27. – 29. Oktober 2017 in Fulda im Bonifatiushaus
Diese Versammlung will
- Menschen verbinden, die sich für den Frieden engagieren
- Politische Grundsatzentscheidungen treffen
- Zusammenarbeit so gestalten, dass Charakter und Ziele der pax christi-Bewegung erlebbar werden.

Anmeldungen zur DV bitte bis 15.09.2017
an c.dichtl@paxchristi.de.

Leserbriefe

Zur pax_zeit 2_2017

50 Jahre Besatzung, von der pax christi Nahost-Kommission
Versöhnung kann nur gelingen, wenn man ehrlich und wahrheitsgetreu Situationen darstellt. Ich kenne die Situation der Palästinenser, ich kenne aber auch die Situation von Israelis. Warum ihr die Situation der Israelis nicht erwähnt, verstehe ich nicht. Einseitigkeit hilft nicht weiter, aber auch nicht wühlen in der Vergangenheit. Das bedeutet, dass man eine Lösung suchen muss, die nicht dauernd nach „Schuld“ in der Vergangenheit sucht.
Johann Ott, Amberg

Drohnen: Wo bleibt der Protest, von Josef Roberg
Dass von pax christi keine offiziellen Proteste vorliegen, wundert mich nicht, da gerade das Feld der Rüstungsdynamik so vielfältig geworden ist, dass man kaum Schritt halten kann. Allerdings sehe ich auch durchaus das Recht zu einer gewissen Ungleichzeitigkeit dazu, da ja das Grundsätzliche schon längst gesagt worden ist und nachfolgende ideologiekritische Reflektionen und Proteste zeitversetzt erfolgen dürfen und müssen.
Josef Kolbeck, Gau-Algesheim

Wider die antidemokratische Verfassung, von Andreas Lob-Hüdepohl
Ich schlage vor, wir setzen uns mit ihnen, den „Populisten“, an einen Tisch, hören einander zu, sprechen über ihre gefährlichen Antworten. Dann werden wir erfahren, wieviel Ängste, ungute diffuse Gefühle, wieviel unbefriedigte Bedürfnisse sich hinter ihren Reden verbergen. Vielleicht könnten wir in Gesprächen einiges klären, erklären. Zum Beispiel, warum es für mich und viel andere so wichtig ist, die Türen Europas und Deutschland für Flüchtende offen zu halten
Mechtild Eisfeld, Freiburg

„Schreiben Sie uns doch mal, was sie mit der pax_zeit so machen“
Mir gefällt, dass die pax_zeit so leser*innenfreundlich ist (Umfang, Gliederung, Bilder) und aller meistens sehr kompetente Autor*innen gewonnen werden, auch von außerhalb des engen PX-„Dunstkreises“. Einseitig? Nun ja, manchmal denke ich: Dieser oder jener Aspekt hat mir jetzt gefehlt. Aber ich will in der pax_zeit ja auch nicht das lesen, was meine Tageszeitung hätte schreiben können.
Veronika Hüning, Gescher

Beten für den Frieden

Horst-Peter Rauguth

pax christi im Bistum Trier lädt ein, zusammen mit dem Bischof des Bistums am Fliegerhorst Büchel für Frieden und die Abschaffung von Atomwaffen zu beten.

Beten für den Frieden, was hat das für einen Sinn? Wie viele Kriege hat Gott auf Gebete hin beendet? Natürlich kann man Gott bitten, die Mächtigen mögen doch endlich mit dem Morden ein Ende machen. Doch Tag für Tag entflammt die Erde neu. Kaum kehrt am einen Ende der Welt ein wenig Ruhe ein – von Frieden gar nicht zu reden – da entbrennt ein neuer Krieg.

Manchmal kommt es einem vor, als schliefe Gott. Aber Beten ist ja kein Geschäft. Bezahlung: Bitte an Gott. Leistung: Erfüllung des geäußerten Wunsches. Beten ist zu allererst eine Haltung. Eine Haltung des Beters. Wer betet, wird aktiv, er bittet, er sucht, er klopft an. Zu bitten heißt auch bereit zu sein, zu empfangen. Es ist „menschlich“, bedürftig zu sein, wir sind geschaffen als Wesen, die abhängig sind von Nahrung, von Luft, von den verschiedensten Voraussetzungen. Wir dürfen und sollen deshalb bitten.

Die Friedensandacht mit dem Bischof findet statt vor einem Bildstock, der im vergangen Jahr von pax christi-Mitgliedern und dem Internationalen Versöhnungsbund auf der Friedenswiese an der Einfahrt zum Fliegerhorst Büchel errichtet wurde.

Er hat das Motiv „Christus zerbricht das Gewehr“ und mahnt, dass „Atomwaffen ein Verbrechen an Gott und der Menschheit“ sind.

Der Bildstock nimmt Bezug auf die regionale Tradition, wonach Christ*innen bei großer Sorge um den Frieden ein Andachtsbild errichten. Sie wollen damit Ihre Bitte an Gott um Frieden und den Schutz ihrer Heimat ausdrücken. Bei der Andacht werden wir auch das „Vater unser“ beten. Das „Vater unser“ bringt uns diesem Sinnhaften des Betens näher. Es bringt uns Gott als lieben und guten Vater nahe, dem wir unsere existentiellen Bitten anvertrauen dürfen. Jesus nimmt uns mit der Anrede „Abba“, „Papa“ oder „Vater“ in sein Gottesverhältnis hinein. Schon in dieser Anrede drückt sich die Grundhaltung des Beters Gott gegenüber aus, die uns durch Jesus Christus geschenkt ist: Es geht nicht um Angst, Drohung und Unterdrückung, sondern um Geborgenheit, Vertrauen und Achtung aus Liebe. Und wenn immer mehr Menschen so beten und Gott ihren Vater nennen, bedeutet das nichts weniger, als dass die Menschheit um denselben Vater vereint ist. Wo Gott zum Vater und zur Mutter wird, da werden wir Menschen zu Geschwistern. Mit allen Konsequenzen für unser alltägliches Verhalten. Und so kommen wir auch dem Frieden näher.

Horst-Peter Rauguth ist Geistlicher Beirat von pax christi und Mitglied des Kampagnenrates „Büchel ist überall!“ – atomwaffenfrei jetzt.

Foto: pax christi Diözesanverband Trier

Foto: PMRMaeyaert /wikimedia

FAITES LA PAIX
Octobre 2017 – Avril 2018

Zum Mitmachen

100. Jahr-Gedenken zum Ende des Ersten Weltkrieges vom 18. – 22. April 2018 in Arras (Frankreich)

Von den katholischen nordfranzösischen Diözesen Arras, Lille und Cambrai initiiert, wird vom 18.–22. April 2018 eine Großveranstaltung zum Gedenken an den 1. Weltkrieg stattfinden: „Centenaire pour une paix juste“. Das Motto der Veranstaltung lautet: „Faites la paix“ – Aktiv für Frieden.

Sie alle sind herzlich eingeladen die Veranstaltung zu besuchen. Das Programm am Samstag, den 21.04.2018 kann mitgestaltet werden: Workshops, kreative Aktionen, etc. sind herzlich willkommen.

Schwerpunkte der Überlegungen der beteiligten Bischöfe waren folgende:

- Die Region Nord-Pas-de-Calais ist in Europa die Gegend mit den meisten Militärfriedhöfen. Dort ruhen Soldaten vieler Länder. Eine Mahnung an uns.
- Die Kirche muss bei den Gedenkfeiern an den ersten Weltkrieg dabei sein und ihnen ein eigenes Profil geben.
- Die Frage: Warum konnten vor und während des Konfliktes die europäischen katholischen Kirchen die Gewaltspirale nicht bremsen? Noch schlimmer: Warum haben sie den Krieg massiv gerechtfertigt?

pax christi Deutschland unterstützt diese Veranstaltung und der Geistliche Beirat Diakon Horst-Peter Rauguth wirkt in der Vorbereitungsgruppe mit.

Weitere Infos:
Horst-Peter Rauguth,
hp.rauguth@paxchristi.de